

DER EXPORTMEISTER

Was notwendig ist, um den Wohlstandstreiber Exportwirtschaft anzukurbeln, zeigt die Industrie.



Österreichische Post AG, MZ 03Z034897 M Vereinigung der österreichischen Industr Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



Seite 4

AUSBLICK Strategie gegen den Fachkräftemangel



KÜNSTLICHE INTELLIGENZ Schlüsseltechnologie der Zukunft VORARLBERG
Modellregion für
Seite 5 Kinderbetreuung



Seite 12

Warum die Mercosur-Chance nicht verpasst werden sollte

Statt reflexartiger Kritik sollten wir die Möglichkeiten des Mercosur-Abkommens für Wirtschaft und Klimaschutz (!) stärker in den Fokus rücken – für Europa und die Länder Südamerikas.

ber kaum ein Handelsabkommen wird intensiver diskutiert als über jenes zwischen der EU und den südamerikanischen Mercosur-Staaten. Dabei geht oft unter, dass es um deutlich mehr geht als um Steaks aus Argentinien oder Brasilien. Kann es gelingen, handelspolitische Notwendigkeiten mit geostrategischen Interessen und berechtigten Anliegen für den Klimaschutz in Einklang zu bringen? Für Österreichs Industrie überwiegen die Vorteile des Vertrages, auf dessen Grundsätze sich beide Seiten vor rund zwei Jahren verständigt haben.

Weniger Handelshürden, mehr Arbeitsplätze

Statt Freihandelsabkommen aus ideologischen Gründen zu verdammen, braucht es eine sachliche Abwägung der Chancen und Risiken: EU-Exporte in den Mercosur-Raum sichern in Österreich rund 32.000 Arbeitsplätze. Mehr als 1.400 rot-weiß-rote Unternehmen sind mit über 260 Niederlassungen vor Ort tätig, schon jetzt ist die heimische Handelsbilanz positiv. Der im Abkommen vorgesehene Abbau von 91 Prozent der Zölle über 15 Jahre könnte für exportierende EU-Unternehmen eine Zollersparnis von vier Milliarden Euro pro Jahr bringen. Positiv wirken würde zudem die Reduktion weiterer Handelshürden, wie einfachere Produktzertifizierungsverfahren



Mehr als 1.400 österreichische Unternehmen unterhalten Geschäftsbeziehungen mit den vier Mercosur-Staaten. EU-Exporte nach Mercosur sichern laut Berechnungen der Europäischen Kommission rund 32.000 Arbeitsplätze in Österreich.

oder ein besserer Zugang zum öffentlichen Beschaffungsmarkt.

Für Österreich kann der Mercosur-Vertrag laut Wifo einen Anstieg aller heimischen Ausfuhren um mehr als zwei Prozent bringen. Das würde den Erfahrungen aus der Vergangenheit entsprechen: Der Abbau von Handelshürden hat bisher immer zu Exportsteigerungen geführt und damit zu mehr Wachstum und steigender Beschäftigung. Beispiel CETA: Trotz Corona war der bilaterale Handel

zwischen EU und Kanada im Jahr 2020 um 15 Prozent höher als 2016, bevor das Abkommen in Kraft getreten ist.

Umweltschutz durch internationale Zusammenarbeit

Selbstverständlich müssen Bedenken um Umwelt und Klima ernst genommen werden. Der Amazonas-Wald muss erhalten bleiben! Daher enthält der Mercosur-Vertrag eine klare Verpflichtung zum Pariser Klimaabkommen, zur Aufforstung des Regenwaldes

und zum Vorgehen gegen illegale Brandrodungen. Gleichzeitig muss die Frage gestellt werden: Wie können wir andere Regionen ohne internationale Kooperation davon überzeugen, Standards im Umwelt-, Sozialoder Lebensmittelbereich auf europäisches Niveau zu heben? Statt mahnender Worte oder Abschottung braucht es mehr Zusammenarbeit und konkrete Unterstützung, um das Klima zu schützen oder Armut zu bekämpfen. Zudem fehlt in der öffentlichen Diskussion der geostrategische Aspekt. Die Welt erlebt derzeit einen Wettlauf um die besten Handelsbedingungen. Europa könnte als erster bedeutender Wirtschaftsraum ein Freihandelsabkommen mit Mercosur abschließen - und damit neue Geschäftsmöglichkeiten nutzen und somit Vorteile gegenüber anderen Wettbewerbern sichern. Nach jahrelangen Verhandlungen sollte die EU zu ihrem Wort stehen und nicht aus fadenscheinigen Gründen den Vertrag einseitig aufkündigen. Das würde der Reputation Europas als zuverlässigem Partner schaden.

Die Welt dreht sich weiter und wartet nicht auf Europa. Es ist daher zu hoffen, dass die Handelspolitik der EU und ihrer Mitgliedsländer verantwortungsvoll die Interessen der Menschen in Europa und Österreich abwägt und vertritt sowie Europas Rolle in der Welt stärkt.

GASTKOMMENTAR

War es das mit der Globalisierung?

Endlich Ende. Das Corona-Tal scheint durchschritten. Alle Blicke sind nach vorne gerichtet. Aber das, was kommt, wirft viele Fragen auf. Ganz eindeutig ist nur eine Antwort.

usste das alles so kommen? Der Zusammenbruch der Wirtschaft, der Kollaps der Globalisierung, die Selbstzerstörung einer auf Profitmaximierung fokussierten Konsumgesellschaft. Standen wir nicht ohnehin schon an der Klippe - und Corona gab nur den entscheidenden "Schubser"?

"Eine beschleunigte Oberflächlichkeit entwertet vielfach die Gegenwart, weil sie schon gestern nicht mehr am Stand von morgen war."

Fragen wie diese poppten schon kurz nach Beginn der pandemischen Restriktionen auf. Sie stehen noch im Raum – auch wenn kritische Rückblicke in Zeiten optimistischen Nachvorneschauens nicht en vogue

sind. Das liegt vor allem auch am Marketingtalent der Zukunft. Sie verkauft sich als verheißungsvolles Versprechen. Als Arena des Aufbruchs. Als Bühne der Besserung. Nur: Was ist das Narrativ des Neuen?

Der tradierte Erzählfluss ist abgerissen. Eine Polarisierungsdynamik hat Platz gegriffen, die die Erfolgsgeschichte der Globalisierung hinterfragt. Deren Kernthese, dass - wenn Waren, Arbeit, Kapital und Personen möglichst ungehindert zirkulieren können - der Wohlstand wächst, weil jeder seine Stärken ausspielen kann, stößt auf Widerspruch. Auch wenn die Statistik dagegenhält. So ist mit wachsender Globalisierung die Zahl der Menschen, die in absoluter Armut leben, seit den 1980er-Jahren gesunken: laut Weltbank von 37 auf derzeit 8,5 Prozent. Global betrachtet ist die Schere zwischen Arm und Reich damit nicht auseinandergegangen. Sie hat sich geschlossen.

Was wäre überhaupt die Alternative? Protektionismus? Regionalisierung? Gerade für eine kleine Exportnation wie Österreich, in der jeder zweite Arbeitsplatz direkt oder indirekt durch den Außenhandel generiert wird und ein Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung durch ausländische Endnachfrage bestimmt wird, würde das den Ausnahmezustand wohl nur verlängern. Ja, das Überdenken



Klaus Höfler ist stellvertretender Chefredakteur des Blogs "Fakt und Faktor". Zuvor war er für "Die Presse" und "Kleine Zeitung" tätig.

weltweiter Vernetzung, das Knüpfen weniger komplexer Lieferketten, die Reduktion von internationalen Abhängigkeiten ist ein Gebot der Stunde. Aber in einer Volkswirtschaft, die derart - von Rohstoffen über Vorprodukte bis zu Absatzmärkten - vom Ausland abhängt, wäre zu viel Dorfidyll und Kirchplatzdenken wenig hilfreich.

Es ist Hauptaufgabe der Politik, diesbezüglich eine gerechte Ordnung zu schaffen, um tatsächlich gestärkt aus der Krise herauszugehen. Schafft sie das? Schwierig! Die Pandemie hat schonungslos Schwachstellen offengelegt. Es hapert beispielsweise an lebenswichtigen Strukturen für Innovationssysteme - nämlich, dass die Schnittstellen zwischen privatem und

öffentlichem Sektor gut und zeitgemäß aufgestellt sind. Da liegt noch immer viel im Argen. In den politischen Institutionen dominiert von der EU-Ebene über nationale Parlamente bis hin zu Gemeindestuben ein komplexer "Clash of interests" aus Ideologien und Interessen.

Dazu kommen allgemeine Heraus- und Überforderungen wie die Digitalisierung, die unser Bewusstsein neu formatiert hat. Die Art des Erwerbs, der Weitergabe und der Speicherung von Wissen hat sich - beschleunigt durch Corona - verändert. Es herrscht eine neue Qualität der Flüchtigkeit. Es gibt eine Verdichtung unfassbarer Vielfalt. Es dominiert eine Vereinfachung komplexer Zusammenhänge. Diese beschleunigte Oberflächlichkeit entwertet vielfach die Gegenwart, weil sie schon gestern nicht mehr am Stand von morgen war. Aber muss man deswegen gleich kampflos ins Exil der Kapitulation emigrieren? Sicher nicht. Denn eines ist fix: Die Zukunft kommt. Ganz losgelöst von den Prognosen unseres Untergangs.

WEBTIPP

Seit Juni erhalten "Fakt & Faktor" -Abonnentinnen und -Abonnenten die wichtigsten Beiträge exklusiv vorab via Newsletter zugeschickt. www.faktundfaktor.at

Gemeinsam in die Zukunft

Für einen starken Aufschwung braucht Österreich mehr Anpacker und weniger Anpatzer. Ein vernunftbasierter, sachlicher politischer Diskurs muss Teil der Normalität nach Corona sein.

ie Corona-Krise hat Menschen und Unternehmen in den vergangenen 16 Monaten alles abverlangt – und tut dies zum Teil immer noch. Trotzdem gibt es gute Gründe, mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken. Die Öffnungsschritte haben die Konsumlaune gestärkt und die Situation am Arbeitsmarkt verbessert. Der produzierende Sektor wird heuer mit fünf Prozent wachsen. Die Unternehmen glauben an die Zukunft und investieren wieder am Standort.

Die Verantwortungsrolle des servoindustriellen Sektors war und ist in dieser Situation eine doppelte: Auf der einen Seite haben die Industriebetriebe und ihre Partner auch in Lockdown-Zeiten für Wertschöpfung und Arbeitsplätze gesorgt. Gleichzeitig haben wir aktiv an der Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Weg aus der Krise mitgewirkt. Maßnahmen, wie die Investitionsprämie, die Kurzarbeit-Regelung oder der Ausbau der FH-Plätze für mehr digitales Know-how in Österreich, liefern nun entscheidende Impulse für einen starken, nachhaltigen Aufschwung. Dieser sollte jetzt im Mittelpunkt nicht nur des wirtschaftlichen, sondern auch des politischen Geschehens stehen.

Denn es kann nicht sein, dass in der Wirtschaft die Anpacker und in der Politik die Anpatzer den Ton angeben. Bei allem Verständnis für parteipolitische Notwendigkeiten und politisch hart geführte Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Regierung und vice versa muss klar sein: Ständige Anzeigen, Anklagen und "Schmuddelkampagnen" führen die politische Kultur

ins Abseits. Permanente Skandalisierung unterminiert das Vertrauen in eine erfolgreiche Krisenbewältigung - und in den Standort. Gerade für eine Exportnation wie Österreich ist die Außenwahrnehmung ein relevanter Standortfaktor.

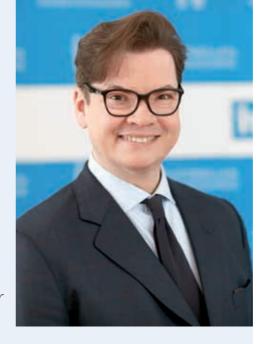
Jetzt sollte und muss gemeinsame Zuversicht im Mittelpunkt stehen, um Österreich nach der Krise wieder nach vorn zu bringen. Der Comeback-Plan, der Wiederaufbauplan für Österreich oder die angekündigte Standortstrategie der Bundesregierung setzen durchaus die richtigen Schwerpunkte, die aber nun konsequent umgesetzt werden müssen. Die Industriellenvereinigung bringt sich hier mit dem Know-how und der Erfahrung ihrer Mitgliedunternehmen, die in die IV-Industriestrategie eingeflossen sind, aktiv ein. Zugleich müssen wir die großen Herausforderungen unserer Zeit - Digitalisierung und Energiewende - ideologiefrei und richtig gestalten. Davon hängen Arbeitsplätze und Wohlstand von morgen ab.

Das alles braucht einen vernunftbasierten, sachlichen politischen Diskurs. Auch er muss Teil der gemeinsamen Normalität nach Corona sein, damit Aufschwung, Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Land wieder normal sind.

IV-Generalsekretär

GRAFIK DES MONATS

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 14. Juni war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden Sie unter www.iv.at.



"Zu den bestehenden Technologien kommen ständig neue dazu und damit entstehen auch neue Geschäftsmodelle. Besonders interessant sind beispielsweise die Künstliche Intelligenz (KI), Blockchain oder die Robotik. Wer hier einen Vorsprung hat, kann weltweit erfolgreich sein."

Christian Federspiel Geschäftsführer Cloudflight GmbH



"Unternehmertum und privatwirtschaftliches Engagement sind in Österreich zu wenig positiv besetzt. **Unser Wohlstand und unsere** Zukunftsfähigkeit hängen aber an kreativen und innovativen Unternehmerpersönlichkeiten, die mit hohem Einsatz und Risikobereitschaft im Team mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Markt erfolgreich sind und die Globalisierung als Chance begreifen."

> Axel Kühner CEO Greiner AG



"Innovation ist die Lebensversicherung für jedes Unternehmen."

Philipp Blum Geschäftsführer Julius Blum GmbH

AKTUELLES IN KÜRZE

POSTING DES MONATS



Nachrichten über Cyberangriffe auf Untergeworden. Cyberangriffe können folgenschwere Auswirkungen auf Unternehmen haben - aber auch auf deren Kunden, Partner, Angestellte und damit letztlich auf das Betriebsergebnis. Vor der Corona-Kri-

se 2019 wurden weltweit weniger Cyber-

angriffe gemeldet als noch im Jahr zuvor,

kumuliert stiegen die Schäden dennoch

an und gingen in die Milliardenhöhe. Für nehmen, Industrie und die Verwaltung das Jahr 2025 werden weltweit Schäden sind in den vergangenen Jahren alltäglich in Höhe von über 10 Billionen US-Dollar erwartet. Allein 2021 beläuft sich der wirtschaftliche Schaden durch Cyberangriffe in Österreich auf rund 6 Mrd. Euro. Hier gilt es gegenzusteuern, etwa durch ein echtes Kompetenzzentrum, eine nationale Knowhow-Basis. So ist zum Beispiel Estland nach einem massiven Cyberangriff 2007 erfolgreich diesen Weg gegangen.

Weltweite, jährlich zu erwartende Schäden durch Cyber-Kriminalität 12 10 6.0 6 3,0

ZAHL DES MONATS

Mit dem Studienjahr 2022/23 stellt der Bund insgesamt 347 zusätzliche Fachhochschul-Anfängerstudienplätze zur Verfügung. Diese neuen Studienplätze werden sich erneut auf den MINT- und den Digitalisierungsbereich konzentrieren. Dazu gehören unter anderem Data Science, Wirtschaftsinformatik, Automatisierung, Künstliche Intelligenz und die Cyber-Security.

Alles in allem erhält der FH-Sektor durch den FH-Ausbauplan von 2019/20 bis 2024/25 mehr als 3.700 Studienplätze im MINT-Bereich dazu. Für die Industrie ist positiv, dass das Erfolgsmodell Fachhochschule weiter gestärkt wird. Die thematische Schwerpunktsetzung auf den MINT- und Digitalisierungsbereich ist gesamtwirtschaftlich gesehen dringend notwendig und erfüllt daher eine langjährige Empfehlung der Industrie.

Warum eine umfassende Strategie gegen den Fachkräftemangel nötig ist

Die IV entwickelt weitreichende Vorschläge für eine Verbesserung der Fachkräftesituation und der Lehrausbildung.

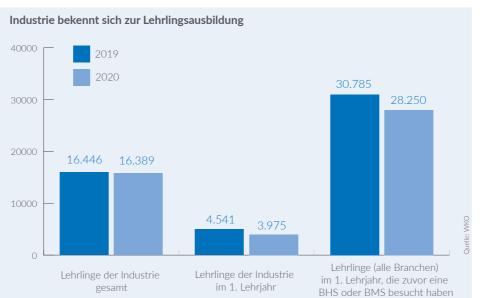
ie Verfügbarkeit von Fachkräften zählt zu den entscheidenden Herausforderungen für Österreichs Industrie. Nach der Corona-Krise, aber auch schon davor und zum Teil sogar währenddessen. Das Problem ist nicht mit einem einfachen Aufrechnen von Arbeitslosen und offenen Stellen zu beantworten. Der Bedarf der Industrie bewegt sich auf vielen Ebenen: Er reicht vom Lehr- bis zum Hochschulabschluss, mit dem größten Mangel bei Ersterem (Qualifikationsebene) und betrifft insbesondere Mechatronik, Elektrotechnik, Informatik sowie Maschinenbau (fachliche Ebene). Neben den fachlichen Kenntnissen braucht es u.a. auch IT-Grundkompetenzen, die Offenheit für den Austausch über fachliche und organisatorische Grenzen hinweg und gute Englischkenntnisse (Kompetenzebene). Nicht zuletzt kann die Konjunktur (z.B. durch eine Pandemie) oder technologische Innovationen (z.B. für den Klimaschutz) die Rahmenbedingungen sehr schnell ändern.

Konkrete Empfehlungen: "Skill Agency" & Fachkräftestrategie

Angesichts dieser Komplexität braucht es umfassende und gemeinsame Antworten: Wie etwa der IV-Vorschlag einer "Skills Agency" oder "Fachkräfteagentur". Diese soll Empfehlungen dafür aussprechen, was z.B. Unternehmen, Bildungsanbieter oder das AMS zur zukunftsgerichteten Fachkräfteentwicklung beitragen können. Oder der Ruf nach einer österreichweiten Fachkräftestrategie, die eine abgestimmte Weiterentwicklung der Ausbildungsbereiche, der Weiterbildung von Beschäftigten und Arbeitssuchenden, der beruflichen Wahlmöglichkeiten von Frauen oder der gesteuerten Zuwanderung von Schlüsselkräften umfasst. Dafür müssen Zuständigkeitsgrenzen überwunden und eine gemeinsame Vision entwickelt werden.

Die Lehrausbildung spielt eine entscheidende Rolle für die Industrie. Allerdings fehlte es an Bewerbungen in der Corona-Zeit - ausgelöst durch die strategische Vorsicht vieler





Der Anteil der BHS- und BMS-Schüler, die nach Ende der Pflichtschulzeit eine Lehrstelle antreten, ist Corona-bedingt gesunken, weil viele mit einem oder mehreren Fünfern aufsteigen konnten. Gerade in industriestarken Regionen suchen Unternehmen Lehrlingskandidaten.

Jugendlicher und deutlich weniger Umstiege aus BHS und AHS aufgrund der milderen

Aufstiegsklausel. Anfang Juni musste man noch von rund 1.000 Lehrstellen ausgehen,

die die Industrie nicht oder nur schwer besetzen kann. Besonders gesucht wird für Elektro- und Metallberufe, aber auch Kunststoff- und Holztechnik- oder IT-Lehrberufe.

Eingangsphase in Lehrausbildung

Neben der Rückkehr zur üblichen Aufstiegsklausel gewinnt dadurch eine weitere IV-Empfehlung deutlich an Gewicht - nach einer qualitätsvollen und verbindlichen Eingangsphase in die Lehrausbildung. Diese soll für interessierte junge Menschen den Wechsel aus BHS oder AHS als aktuell häufigsten Einstieg in eine Lehre obsolet machen. Eine laufende IV-Studie mit über 10.000 Jugendlichen wird dafür diesen Sommer weitere Belege bringen und Gestaltungsmöglichkeiten für den Einstieg aufzeigen. Mit dem Drehen an dieser und ein paar weiteren Stellschrauben (Lehre mit und nach Matura, höhere Berufsbildung etc.) wird der Boden für eine nachhaltige Imageverbesserung und zukünftige Imagekampagnen zur Lehrausbildung aufbereitet.

EU will attraktiver für Fachkräfte werden Ab Juli gibt es zwei Kurzarbeitsmodelle

Die Weiterentwicklung der "Blauen Karte EU" soll wichtige Erleichterungen für die Anwerbung hochqualifizierter Personen außerhalb der EU bringen.

m Mai einigte sich das Europäische Parlament mit dem portugiesischen Ratsvorsitz auf eine neue Fassung der "Blauen Karte EU". Künftig soll damit die Mobilität zwischen den EU-Ländern deutlich vereinfacht werden, die Arbeitserlaubnis für Familienangehörige leichter zugänglich sein und die Gehaltsschwelle gesenkt werden. Außerdem sollen Inhaber der "Blauen Karte" ihren Job innerhalb der ersten zwölf Monate einfacher wechseln können. Insbesondere für Berufe in Informations- und Kommunikationstechnik sollen Anerkennungen von Fähigkeiten vereinfacht werden. Dass sich nun hochqualifizierte Personen mit internationalem Schutzstatus ebenfalls für eine "Blaue Karte" bewerben können, stellt ein weiteres Novum der neuen Fassung der Richtlinie dar. Neben dem europäischen Zuwanderungsschema bleiben nationale Programme wie die "Rot-Weiß-Rot-Karte" erhalten. Somit können EU-Länder auch weiterhin auf nationale Besonderheiten und spezielle Anforderungen flexibel reagieren. Die finale Zustimmung zur Novelle wird für Herbst erwartet. Aus Sicht der Industrie ist die Weiterentwicklung des europäischen Zuwanderungsregimes für Hochqualifizierte ein wichtiger Schritt zur Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Europa. Damit wird der Wirtschaftsraum EU - und nicht nur Einzelstaaten - deutlich attraktiver für dringend benötigte Fachkräfte. Um dem Ziel der verstärkten Fachkräftegewinnung näher zu kommen, bedarf es darüber hinaus zusätzlich innovativer Modelle der gesteuerten legalen Migration. Denkbar und begrüßenswert wären internationale Bildungs- und Ausbildungspartnerschaften und damit verbunden aktive Anwerbung in Drittstaaten.

Nach intensiven Verhandlungen – unter Einbindung der Industriellenvereinigung – hat die Bundesregierung im Juni präsentiert, wie die Kurzarbeit ab Juli geregelt werden soll.

ach der Phase 4 der "Corona-Kurzarbeit" werden zwei Modelle mit verschiedenen Bedingungen angeboten: Eine "Corona-Kurzarbeit" für besonders von der Pandemie betroffene Bereiche (z.B. Nachtgastronomie, Stadthotellerie oder Luftfahrt) und ein Übergangsmodell für die anderen Betriebe.

Aus Sicht der Industrie ist die erzielte Einigung auf ein Übergangsmodell und ein Modell für besonders stark betroffene Branchen ein sinnvoller und sachlich richtiger Weg. Diese Lösung kann und wird

einen Beitrag dazu leisten, Arbeitsplätze zu sichern und Unternehmen gezielt zu unterstützen. Für die IV war entscheidend, dass es möglichst rasch klare Rahmenbedingungen für Betriebe sowie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die kommenden Monate gibt. Das zuständige Arbeitsministerium hat angekündigt, dass es sich auch in der nächsten Kurzarbeitsphase bei den Abläufen an den bisherigen Corona-Regelungen orientieren wird, um die Bürokratie gering zu halten. Weitere Informationen zum Thema Kurzarbeit finden IV-Mitglieder in ihrer IVTopApp.



Künstliche Intelligenz (KI) – Digital. Erfolgreich. Industrie. | Teil 2

die Schlüsseltechnologie der Zukunft

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz hat sich damit beschäftigt, wie Österreich zu den Besten aufschließen kann.

Das Potenzial von KI und den dadurch entstehenden Geschäftsmodellen wird noch nicht voll ausgeschöpft. Die IV-Task Force

ikro- und Nanoelektronik, Photonik oder fortschrittliche Fertigungstechnologien sind nur einige Beispiele für Schlüsseltechnologien. Dabei geht es nicht nur um deren Anwendung und Entwicklung. Vielmehr muss auch im Fokus stehen, wie die zukünftige Technologieführerschaft und Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und Europas abgesichert wer-

In Österreich setzen Großunternehmen, aber auch einige Hidden Champions, auf zuverlässige und robuste KI-Lösungen. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Potenzial von KI und neuen Geschäftsmodellen noch nicht ausgeschöpft wird. Nur sechs Prozent aller heimischen Unternehmen nutzen Big Data - europäische Spitzenreiter, wie die Niederlande, kommen auf dreimal so hohe Werte.

Aufholbedarf bei Big Data

Die Gründe dafür sind vielfältig: Einerseits fehlt es noch an breitem Wissen über Möglichkeiten und Potenziale. Andererseits haftet der KI-Technologie oftmals ein negatives Image an. Bekannt ist etwa die jahrhundertealte Sorge, fortschrittliche Technologien würden Arbeitsplätze vernichten. Bisher war das Gegenteil der Fall. Konkreter Aufholbedarf besteht etwa bei der Verfügbarkeit von hochwertigen Datensätzen für die Entwicklung fortschrittlicher KI-Modelle im Bereich

Handlungsschwerpunkte für ein digitales Österreich 2030+

- Rechtssicherheit bei KI-Lösungen
- Kooperationen und KI-Forschungsförderprogramme
- Engagement in internationalen
- KI- und Dateninitiativen (GAIA-X)
- KI-Blueprint in öffentlichen Unternehmen und Verwaltung
- Investitionen in Ausbildung und Infrastruktur



der Cloudnutzung - nur 38 Prozent der heimischen Industrieunternehmen nutzen Big Data, schwedische und finnische Unternehmen kommen auf über 70 Prozent.

Bis zum Jahr 2030 am Standort mehr als 100 Unternehmen als KI-Weltmarktführer etablieren und Österreich als international anerkannten KI-Forschungshotspot weiterentwickeln: Dieses Ziel formuliert der IV-Aktionsplan "DIGITAL.ERFOLGREICH. INDUSTRIE. Transformation zum digitalen Österreich 2030+". Um das zu erreichen, ist ein Schulterschluss zwischen Politik und Unternehmen nötig.

Rechtliche Klarheit notwendig

So muss der Staat etwa rechtliche Klarheit bei der Anwendung von KI-Lösungen schaffen - konkret bei Datenschutz, geistigem Eigentum oder der Haftung bei Schäden. Ein positiver erster Ansatz ist der kürzlich präsentierte KI-Rechtsrahmen der

Europäischen Kommission. Bis zu dessen Geltung werden aber noch Jahre vergehen. Darüber hinaus sollten unter anderem zur Stärkung des Wissenstransfers KI-Förderprogramme forciert, kollaborative Projekte und Stiftungsprofessuren realisiert werden.

Neben der Politik sind auch die Unternehmen gefordert: Sie sollten ihre Expertise im

#INDUSTRIE-FACT

Marktkapitalisierung der größten 73 Prozent und jener Chinas Wochenzeitung "economist".

Bereich Daten, KI und neue Geschäftsmodelle ausbauen sowie eigene KI-Strategien entwickeln und umsetzen. Zudem sollten unternehmensübergreifende KI-Communities gebildet werden. Das könnte den Wissensaustausch zwischen Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette sowie mit der Wissenschaft fördern.

Die Vorreiterrolle im Bereich der Schlüsseltechnologien entscheidet über den Weg von Österreichs und Europas Industrie in eine erfolgreiche Zukunft. Dafür ist rasches Handeln erforderlich, denn die Konkurrenz schläft nicht.

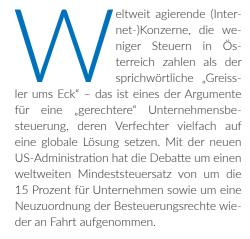
WEBTIPP

Das IV-Positionspapier "Digital. Erfolgreich.Industrie. Transformation zum digitalen Österreich 2030+" finden Sie zum Download unter:

www.iv.at

Der Traum von der weltweiten Steuergerechtigkeit

Unternehmen sollen künftig primär dort Steuern zahlen, wo sie Umsatz und Gewinn machen. Vor- und Nachteile eines solchen Modells wollen aber gut bedacht sein.



Wo ein Unternehmen Umsätze und Gewinne erwirtschaftet - also in den "Marktstaaten" -, soll es auch Steuern zahlen. Die physische Anwesenheit vor Ort soll kein Kriterium mehr sein. Was mehr Steuereinnahmen verspricht, könnte sich aber für kleine. exportorientierte Volkswirtschaften als Bumerang erweisen.

Österreich als möglicher Verlierer

Viele heimische Unternehmen sind äußerst erfolgreich im Export - und zahlen hier ihre Steuern. Das könnte sich ändern, wenn Steuern dort zu entrichten sind, wo die Produkte

abgesetzt werden. Große Exportnationen, aber kleine Märkte - wie Österreich - würden so auf der Verliererseite stehen. Denn dann würden etwa große US-Unternehmen zwar hier mehr Steuern zahlen. Ob das den Verlust an Steueraufkommen durch heimische Betriebe aufwiegen könnte, bleibt aber fraglich. Was jedenfalls vermieden werden muss, ist ein bürokratisch aufwendiges Nullsummenspiel oder eine Doppelbesteuerung. Nationale Maßnahmen zur Gewinnverschiebung oder auch die österreichische Digitalsteuer müssten ersatzlos gestrichen werden. Auch die Frage, ob Umsatz oder Gewinn

besteuert werden sollen - die IV plädiert für Letzteres - ist unbeantwortet.

Umsetzung wird dauern

Wenn es also auch im Sommer auf OECD-Ebene zu weiteren Einigungsschritten kommen könnte, sind zahlreiche Details noch ungeklärt. Grundsätzlich ist eine internationale Lösung – wenn sie politisch gewünscht wird – besser als ein "Fleckerlteppich" an nationalen Lösungen. Angesichts der Komplexität eines weltweit einheitlichen Besteuerungsmodells ist es aber wohl noch ein weiter Weg bis zu dessen Verwirklichung.

Export stärken!

Vom Erfolg unserer Unternehmen auf internationalen Märkten hängt die positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung Österreichs entscheidend ab. Umso wichtiger ist jetzt die gezielte Stärkung der heimischen Exportwirtschaft – auch mit neuen Instrumenten.



Mehr vom Aufschwung profitieren

Dafür braucht es noch attraktivere Rahmenbedingungen für heimische Exporteure sowie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

"Je stärker der österreichische Exportmotor läuft, desto besser für Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Inland."

> Georg Knill IV-Präsident

ter. "Das gilt für die nationale Ebene, wo wir die Wettbewerbsfähigkeit stärken und damit die Erzeugung von Waren und Dienstleistungen für den erfolgreichen Export unterstützen. Wir brauchen aber auch eine aktive europäische und nationale Handelspolitik sowie zusätzliche exportstärkende Maßnahmen", unterstreicht IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Das alles ist umso wichtiger, als Österreich und Europa vom internationalen Aufschwung nach Corona deutlich mehr profitieren sollen. Die USA und China sprinten nämlich gerade Europa mit einem Anstieg von voraussichtlich sechseinhalb bis achteinhalb Prozent davon. Österreichs Wirtschaft wird heuer um 3,4 Prozent und 2022 um 4,2 Prozent

wachsen – und damit Ende 2022 wieder das Vorkrisenniveau erreichen, prognostiziert die OECD. Die wichtigsten Maßnahmen der Industriellenvereinigung zur Stärkung des Exports auf einen Blick:

Marktzugang verbessern

Dafür sollen weitere EU-Handelsabkommen abgeschlossen werden. "Ein möglichst engmaschiges Netz aus EU-Handelsabkommen unterstützt intakte Lieferketten und somit auch die Rohstoffversorgung", sagt IV-Präsident Knill. Das Investitionsabkommen EU-China sollte trotz des aktuellen Stillstands in Kraft gesetzt werden – ebenso das Abkommen zwischen EU und Mercosur. Auch die Gespräche mit den USA über ein transatlantisches Wirtschaftsabkommen sollten wiederaufgenommen werden, so Knill. Ein wichtiges aktuelles Anliegen ist der Industrie die Aufhebung von Corona-bedingten Reiserestriktionen und Landeverboten.

Fairen internationalen Wettbewerb schaffen

Das Pariser Klimaschutzabkommen muss seitens aller Teilnehmer konsequent realisiert werden. "Gleichzeitig müssen die EU und Österreich sich aber dafür einsetzen, dass weltweit gleichwertige Ziele bei der Reduktion der Treibhausgas-Emissionen durchgesetzt werden. Die Ambitionen Chinas, der USA, der EU und anderer Industriestaaten sollten angeglichen werden", argumentiert IV-Generalsekretär Neumayer. Neben der WTO-Reform mit wieder funktionierenden Schiedsgerichten sind der Industrie auch Maßnahmen zur Verhinderung erzwungener Technologietransfers ein wichtiges Anliegen. Aktivitäten der OECD gegen Überkapazitäten, etwa im Stahlbereich, müssen ebenso am Programm stehen wie neue Gremien von OECD und WTO für mehr Versorgungssicherheit mit kritischen Produkten weltweit. Der EU-Marktzugang für massiv subventionierte drittstaatliche Unternehmen soll beschränkt werden können.

Exporte in Österreich unterstützen

Die Exportförderung erfordert aus Sicht der Industriellenvereinigung aber auch in Österreich weitere Bemühungen. Dafür werden aktuell in der IV konkrete Vorschläge entwickelt. Klar ist, dass die Exportförderung in Form von Garantien und Versicherungen durch die Oesterreichische Kontrollbank AG langfristig sichergestellt sein muss, da sie das wirksamste Instrument der direkten Exportförderung ist. Angedacht werden kann so etwa die erhöhte Übernahme des Risikos von Bankgarantien für exportierende Unternehmen sowie auch steuerliche Begünstigungen für Exporteure. Zudem sollen ungebundene Kredite verstärkt eingesetzt

werden. Neumayer: "In einem Rahmenabkommen mit einem anderen Staat oder Unternehmen sollen Kreditlinien flexibler vergeben werden können als aktuell. Der Kreditnehmer soll animiert werden, österreichische Produkte zu erwerben." Ebenso zu überlegen ist: Die Finanzierung von Warenlieferungen in Wachstumsmärkte ist oftmals Basis für das Zustandekommen eines Auftrags. Daher sollte für einige Staaten das staatliche Haftungsvolumen erhöht werden - etwa für Ägypten, Ukraine, Pakistan und Nigeria. Ohne den gesamtstaatlichen Haftungsrahmen zu überschreiten. Der staatliche Rahmen für Exportförderungen beträgt aktuell 40 Mrd. Euro, 31 Mrd. Euro davon sind ausgeschöpft.

Rohstoffversorgung sichern

Nachdem exportierende Betriebe vielfach von internationalen Lieferketten und Roh-

"Die EU und Österreich müssen sich dafür einsetzen, dass weltweit gleichwertige Ziele bei der Reduktion der Treibhausgas-Emissionen durchgesetzt werden."

Christoph Neumayer IV-Generalsekretär

stoffen abhängig sind, ist auch die Rohstoffversorgung ein wichtiges Thema für exportierende Unternehmen. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, plädiert die IV für u.a. eigene EU-Rohstoffabkommen mit rohstoffreichen Ländern, die Absicherung von Rohstofflieferungen im Rahmen von EU-Handelsabkommen mit rohstoffreichen Staaten und die Sicherstellung einer verantwortungsvollen Gewinnung von Rohstoffen in Österreich und der EU.

IV-Präsident Georg Knill: "Je stärker der österreichische Exportmotor läuft, desto besser für Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Inland. Die gezielte Stärkung des Exports ist ein Gewinn für ganz Österreich."



JE FAIRER DER WETTBEWERB, DESTO GRÖSSER SIND UNSERE CHANCEN



Karin Exner-Wöhrer, Vorsitzende des IV-Ausschusses Europa und Internationale Märkte, über Prioritäten für die Exportpolitik.

Wie präsentiert sich das Lagebild für Österreichs Exportwirtschaft?

Die Corona-Pandemie hat Österreichs Außenwirtschaft schwer getroffen, Exporte und Importe sind 2020 jeweils um 15 Prozent eingebrochen. Einzelne Bereiche waren durch die Pandemie wesentlich stärker in Mitleidenschaft gezogen als während der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009. Im Februar hat die Erholung eingesetzt: Zuwächse gab es bei den Exporten vor allem in die asiatischen Länder mit +29 Prozent nach China und +26,6 Prozent nach Japan. Die Exportschlager waren medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse mit einem Plus von 10,4 Prozent. Wir sehen, dass sowohl die Exporte als auch die Importe schon wieder einigermaßen an das Vorkrisenniveau angeschlossen haben.

Die USA und China gewinnen wirtschaftlich massiv an Fahrt. Wie können Österreich und die EU bessere internationale Rahmenbedingungen für ihre Exporteure schaffen?

Österreich bzw. die EU muss sich auf internationaler Ebene in der WTO, der OECD sowie der UNO und bei internationalen Finanzinstitutionen für eine Politik einsetzen, die faire Wettbewerbsbedingungen schafft. Je fairer der Wettbewerb, umso größer ist das Exportpotenzial

heimischer Betriebe, die für Qualität und Spitzentechnologie stehen. Im Gegenzug gilt: Je mehr Protektionismus, desto ungleicher die Chancen. Österreich muss gemeinsam mit ähnlich gesinnten Staaten in

"Um faireren
Wettbewerb
herzustellen, muss
die EU ihr Gewicht
als einer der
erfolgreichsten
Wirtschaftsräume
der Welt in die
Waagschale werfen."

Karin Exner-Wöhrer Vorstandsvorsitzende SAG Salzburger Aluminium Group

den internationalen Organisationen Position beziehen. Um faireren Wettbewerb herzustellen, muss die EU ihr Gewicht als

einer der erfolgreichsten Wirtschaftsräume der Welt mit einem attraktiven Binnenmarkt in die Waagschale werfen.

Was kann die EU konkret dafür tun?

Gut gemachte Handelsabkommen spielen dabei eine essenzielle Rolle. Denn sie öffnen Märkte und schaffen Wachstum. Für gleiche Wettbewerbsbedingungen muss die EU außerdem eigenständig Maßnahmen setzen. Wenn internationale Verhandlungen ins Stocken geraten. Ein Schritt in die richtige Richtung ist die Industriestrategie der Europäischen Kommission, wonach massiv subventionierten Unternehmen aus Drittstaaten der Marktzugang zum EU-Binnenmarkt limitiert werden kann.

Und was soll die österreichische Exportpolitik tun?

Um unsere Betriebe besser zu unterstützen, sind neue Akzente in der nationalen Exportförderpolitik sinnvoll, wir arbeiten diesbezüglich an konkreten Vorschlägen. Schlussendlich muss aber der österreichischen und europäischen Politik bewusst sein: Nationale Maßnahmen können nur dann ihre vollständige Wirkung entfalten, wenn international fairer Wettbewerb herrscht und Märkte geöffnet werden. Exportfördernde Maßnahmen ohne Handelsabkommen wirken nur eingeschränkt.



ZUR PERSON

Karin Exner-Wöhrer ist Vorstandsvorsitzende des Familienunternehmens SAG Salzburger Aluminium Group. Seit 2020 leitet sie den IV-Ausschuss für Europa und Internationale Märkte. Auf der Agenda stehen hier unter anderem die Analyse politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen wesentlicher Wirtschaftsräume (z.B. USA, China, Russland) und von Regionen mit steigender Bedeutung (etwa Afrika, ASEAN) sowie Ableitungen für die heimische Industrie. Ein weiterer Schwerpunkt ist die EU-Politik.



Die Industrie leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Das gilt es bei der nächsten Steuerreform zu stärken – im Interesse von Umwelt und Wettbewerbsfähigkeit.

ie zählt zu den großen Projekten der türkis-grünen Bundesregierung: Bis zum Herbst sollen die Eckpunkte der Ökosteuerreform stehen und im ersten Quartal des kommenden Jahres umgesetzt werden. Das Regierungsprogramm kündigte bereits vor der Corona-Krise eine Reform an, die "aufkommensneutral klimaschädliche Emissionen wirksam bepreist und Unternehmen sowie Private sektoral entlastet". Berücksichtigt werden soll dabei auch "die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts". Und genau dieser Aspekt ist entscheidend für den wirtschaftlichen und sozialen Erfolg der Maßnahmen, die aktuell verhandelt werden.

Industrie hat bereits CO₂-Abgabe

Vielen Menschen ist nicht bewusst, dass Österreich schon ietzt im internationalen Vergleich sehr hohe Umweltsteuern einhebt. Von der Mineralölsteuer über den Altlastenbeitrag bis zur Landschaftsschutz-, Naturschutz- und Baumschutzabgabe: Das Aufkommen aus umweltrelevanten Abgaben beläuft sich auf beinahe 10 Mrd. Euro bzw. 3 Prozent des BIP. Im EU-Vergleich



befindet sich Österreich damit im oberen Drittel. Auch die Abgaben für Unternehmen auf Energie liegen hierzulande deutlich über dem EU-Schnitt – Strom wird in lediglich drei EU-Staaten noch höher besteuert.

Dies gilt es bei der Debatte über neue oder zusätzliche CO₂-Preise zu berücksichtigen. Ebenso wie die Tatsache, dass die Industrie als einziger Sektor der Volkswirtschaft bereits seit Jahren eine CO₂-Abgabe zahlt. Mehr als 80 Prozent der österreichischen Industrieemissionen sind im EU-Emissionshandelssystem (ETS) erfasst. Ob Stahl-, Zement- oder

Papierindustrie bzw. Stromerzeuger und Luftfahrt - sämtliche energieintensive Industriezweige leisten im ETS bereits einen direkten Beitrag pro Tonne CO2 und dürfen daher im Zuge einer Ökosteuerreform keinesfalls doppelt belastet werden.

Energieabgabenrückvergütung sicherstellen

Zudem plädiert die IV für die rechtliche Sicherstellung der Energieabgabenrückvergütung. Dabei handelt es sich um eine eingezogene Grenze bei der Energieabgabe, die energieintensive Betriebe entlastet.

Ohne dieses Instrument würden sich die Energiekosten etwa für die Papierindustrie beinahe verelffachen. Darauf setzen übrigens auch "Klima-Musterländer" wie Schweden oder Dänemark, wo industrielle Prozesse bei der Stromsteuer lediglich dem EU-Mindeststeuersatz von 0,5 Euro je Megawattstunde unterliegen oder großteils von der Energiebesteuerung befreit sind. Die dänische CO₂-Steuer wird annähernd zu 100 Prozent rückvergütet.

Im Sinne eines wirksamen Klimaschutzes spricht sich die Industrie zudem für eine Zweckwidmung für erhöhte Einnahmen aus Ökoabgaben aus: Diese sollten direkt in Forschung & Entwicklung (z.B. ICT for Green oder Energienetze), in erneuerbare Energieinfrastruktur oder in Investitionen der Unternehmen, die eine klimapolitische Transformation ermöglichen, fließen. Insgesamt braucht es eine sachliche und vor allem ideologiefreie Debatte für ein Steuersystem, das wirksamen Klimaschutz und wettbewerbsfähiges Wirtschaften stärkt. Nur dann kann das Leuchtturmprojekt der Bundesregierung ein Erfolg werden.

-AKTUELLES IN KÜRZE-

Aufruf zu Zusammenhalt auf letzten Metern der Pandemie

ie Corona-Pandemie hat uns allen - Menschen wie Unternehmen - in den vergangenen Monaten alles abverlangt und viele hatten das Gefühl, dass kein Ende in Sicht ist. Um jetzt, wo endlich der Aufschwung in greifbarer Nähe ist, ein deutliches Zeichen der Zuversicht zu setzen, riefen IV-Präsident Georg Knill, die Direktorin der Diakonie Österreich, Maria Katharina Moser, der Präsident der Caritas Österreich, Michael Landau, und der Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes, Gerald Schöpfer, in einem gemeinsamen Videostatement zum gesellschaftlichen Zusammenhalt auf. Erklärtes Ziel der Social Media-Initiative ist es, den Menschen zu zeigen, dass wir als Gestalter der Krise agieren können und gemeinsam die letzten Meter dieses Marathons noch überwinden werden.

Österreich hat bewiesen, dass es mit Krisen umgehen kann. Doch wie geht es jetzt weiter? Durch die Beschreitung neuer Wege können wir als Gesellschaft gestärkt aus der



noch einmal alles zu geben und durchzustarten. "Das erfordert Mut, Zuversicht und Stärke. Wir haben diese Qualitäten und wir brauchen sie, um diese Krise zu überwinden.

Krise hervorgehen. Jetzt geht es darum. Um als Gesellschaft und Wirtschaft wieder zu wachsen. Und, um die Zukunft erfolgreich zu gestalten", erklärte IV-Präsident Knill. Das Video-Statement finden sie auf dem

Quereinstieg in Lehrberuf soll erleichtert werden

in aus IV-Sicht zukunftsweisendes Re- formpaket wird aktuell auf den Weg gebracht: der Quereinstieg in den p\u00e4dagogischen Beruf. Bisher nur in der Berufsbildung bzw. berufsbildenden Schulen möglich, soll dies nun auch in Krippen, Kindergärten, AHS-Unterstufen und Mittelschulen kommen. Für die Industrie nähert sich damit ein seit vielen Jahren wichtiges Anliegen der Umsetzung. Nicht nur aus Sicht des quantitativen Bedarfs wegen der kommenden Pensionierungswelle. Sondern auch aus dem Blickwinkel eines notwendigen Impulses für das System von außen. Denn Personen aus Wirtschaft und Industrie (oder anderen Berufsfeldern) bringen neue

Sicht- und Herangehensweisen und damit auch mehr Diversität in den Beruf.

Im Begutachtungsverfahren waren für die Industriellenvereinigung besonders wichtige Punkte: den Quereinstieg in die Elementarpädagogik für die Weiterentwicklung des tertiären Studienangebotes zu nutzen; auch die Volksschule für den Quereinstieg zu öffnen; die Voraussetzungen (facheinschlägiges Studium, Berufspraxis) insgesamt nicht zu restriktiv anzulegen. Die faire Anrechnung der Vordienstzeiten aus der Privatwirtschaft – nur so wird es gelingen, genügend qualifizierte Menschen für den Quereinstieg zu gewinnen.



IV-BUCHTIPP



Wie Unternehmen erfolgreich Start-ups entwickeln

Company Building steht für die Umsetzung von disruptiven Innovationsprojekten außerhalb bestehender Unternehmensstrukturen – mit eigens dafür ins Leben gerufenen Start-ups. Im Buch zeigt unter anderem gruppe1031-Mitglied Lukas Meusburger praxisnah alle Phasen eines typischen Company Building-Projektes. Zudem bietet es Innovationsmanagern, Geschäftsführern und Unternehmern erprobte Methoden, Tools und Handlungsempfehlungen. Anhand von realen Company Building-Beispielen von Firmen erfährt der Leser konkret, welche Vorteile diese Methode bietet, aber auch wo die Grenzen liegen.

Company Building - Wie Unternehmen erfolgreich Start-ups entwickeln, 216 Seiten, Carl Hanser Verlag, München 2021, ISBN 978-3-446-46742-2

Im Gespräch mit den iv-positionen appelliert gruppe 1031-Präsident Philipp Bousa an die heimischen Unternehmen für stärkere Zusammenarbeit bei Innovation, um die Krise als Chance zu nutzen.

Lieber Philipp, die gruppe 1031 beschäftigt sich gerade intensiv mit dem Thema Innovation, warum?

Wir sind überzeugt, dass eine Rückkehr zur alten Normalität ohne Innovation nicht reichen wird. Um gestärkt aus dieser Krise zu kommen, sollten wir uns ein Beispiel an Orten wie dem Silicon Fen in England, Israel oder Shenzhen in China nehmen. Wir sollten strategisch themenspezifische Cluster je Bundesland aufbauen, z.B. in den Bereichen Autonomous Driving, Hydrogen/ Fuel Cell, Quantum Computing, Legal Tech/ Reg Tech. Dazu brauchen wir einen Schulterschluss ambitionierter Unternehmen mit Investoren und Bildungseinrichtungen sowie die politische Unterstützung etwa bei Bürokratieabbau und Steuer- bzw. Investitionsbegünstigungen.

Das klingt ambitioniert, lässt sich das in der Form umsetzen?

Die einfache Antwort ist ja, und es gibt schon funktionierende Ansätze dafür in Österreich, etwa das IST Austria in Klosterneuburg. Aber Veränderungen beginnen im Kopf, in diesem Fall konkret mit einem Mindset-Shift Richtung "Open Innovation". Gemeinsam mit den gruppe1031-Experten Stefan Artner (Dorda Rechtsanwälte/Aubmes Invest)



und Harald Kollmann (WU Wien) haben wir festgestellt, dass unternehmensübergreifende und internationale Zusammenarbeit geeignete Betreibermodelle und mit Methodenkompetenz ausgestattete Moderatoren erfordert, wie etwa Service Design, Accelerator-Programme oder Company Building. Involvierte Studierende sorgen für nötige objektive Outside-in-Perspektiven und die notwendigen Skills von morgen.

Sollte eine solche Initiative von der Politik angestoßen werden?

In erster Linie richtet sich unser Appell an

INFORMATION

Die gruppe1031 ist das unabhängige Netzwerk junger Unternehmer und Führungskräfte bis 50 Jahre in der Industriellenvereinigung. Der Themenschwerpunkt liegt neben Entrepreneurship aktuell bei Innovation, Cyber Security, Standortpolitik und neuen Wegen der Unternehmensfinanzierung. Mag. (FH) Philipp Bousa ist seit 2019 Präsident der gruppe1031, ebenfalls seit 2019 leitet er das CIO & Digital Office der OMV AG.

alle österreichischen Unternehmerinnen und Unternehmer: Formieren Sie sich in Initiativgruppen zwecks gemeinsamer Arbeit an Innovationsprojekten mit klarem Fokus auf die Kernkompetenzen österreichischer Wirtschaftstreibender und auf die Vernetzung mit dynamischen Jungunternehmen. Ein innovativer Staat sollte landes- und themenspezifische Orte der Vernetzung schaffen und für die notwendigen Investitionen in Bildung, von der Lehre bis zum postgraduellen Studium, sorgen. Steuervorteile für involvierte Unternehmen und Arbeitnehmer (!) wären eine lohnende Investition in die Zukunft.



Comeback im Herbst

Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben, aber die Anzeichen für eine Rückkehr der Normalität im Herbst mehren sich.

Zuallererst eine persönliche Anmerkung: Vergangenen Oktober wurde ich zum Bundesvorsitzenden gewählt – eine an und für sich schöne Sache, aber der negative Beigeschmack bei mir war groß. Denn im Normalfall findet der Übergang des Bundesvorsitzes im Rahmen der Bundestagung statt. Im Herbst habe ich das bedauert. Inzwischen empfinde ich das Fehlen jeglicher Veranstaltungen oder sonstiger Events geradezu als bremsend.

Netzwerken ist mehr als nur "neue Leute kennenlernen". Durch den Austausch mit anderen entstehen auch neue Ideen, kreative Ansätze, ob nun für das eigene Unternehmen, die Vereinsarbeit oder das Privatleben. Wir Menschen sind nun einmal ein Herdentier und inzwischen ist bei allen bemerkbar, wie sehr wir unter dem Fehlen sozialer Kontakte gelitten haben.

Umso mehr freut es auch alle, dass sich die Anzeichen für eine Entspannung der Lage mehren. Daher freuen wir uns auch schon sehr auf ein Comeback der Jungen Industrie als lebendiges Netzwerk im Rahmen der heurigen Bundestagung. Netzwerken mit Hirn, frei und unbekümmert, wenn auch sicher noch mit Vorsicht.

Herzlichst Euer



Matthias Unger, Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

JI-UPDATE



Ein Highlight auf der JI-Bundestagung: Die für Freitag, 8. Oktober, geplante Schifffahrt in die Wachau.

Bundestagung 2021: Die JI-NÖ/Bgld. lädt nach Krems

Nach der Corona-bedingten Absage im Vorjahr soll das bundesweite JI-Event vom 7. bis 9. Oktober in Krems stattfinden.

Unter dem Motto "grenzenlos" werden einige der im Vorjahr geplanten Programmpunkte der JI-Bundestagung nachgeholt: So etwa die Besichtigung des AKW Zwentendorf oder die Schifffahrt am Freitagabend in die Wachau.

Wie "grenzenlos" Technologie sein kann, können die JI-Mitglieder unter anderem im eVRyLab der FH Krems austesten. Dieses ermöglicht einen einen grenzenlosen Bewegungsfreiraum in virtuellen Welten. Darüber hinaus plant das Vorstandsteam der JI-NÖ/Bgld. aber auch neue Programmhighlights – schließlich hat sich die Welt seit März 2020 maßgeblich verändert. Insgesamt werden bis zu 150 JI-Mitglieder aus ganz Österreich bei der Bundestagung erwartet. Die Einladung inklusive Anmeldemöglichkeit wird voraussichtlich im Juli verschickt.

Achtung: Die im Vorjahr abgesagte Bundestagung war nach Versand der Einladung relativ schnell ausgebucht. Auch heuer gilt: First come, first serve!

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner. Lektorat: Brigitte Mayr. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberge

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): SAG, Buchdruckerei Lustenau/Fasching, AdobeStock, IV-Burgenland/Felicitas Matern, IV-Kärnten/Green-Tech-Cluster, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ/iStock, IV-Salzburg/HAGLEITNER HYGIENE INTERNATIONAL GmbH/Scheuringer Mathias, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/AdobeStock, IV-Vorarlberg/AdobeStock, IV-Wien/AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.











IV-Vorarlberg unterstützt Verein Campus-Väre für überregionales Kreativzentrum

Vor über eineinhalb Jahren wurde eine – vom Land Vorarlberg, der WKV und der IV beauftragte – Studie zur strukturierten Schaffung eines Ökosystems für Innovation in Vorarlberg präsentiert. Am Gelände des "Campus V" erfolgte am 28. Mai 2021 der offizielle Startschuss.

asis für den offiziellen Startschuss war eine langjährige Vorarbeit und eine gemeinsame Studie von Land Vorarlberg, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung Vorarlberg aus dem Jahr 2019 zur strukturierten Schaffung eines Ökosystems für Innovation in Vorarlberg. Die detaillierte Studie behandelte den möglichen Aufbau in räumlicher, organisatorischer und fachlicher Hinsicht. So wurde Dornbirn – und in einem ersten konkreten Schritt der Raum rund um den FH-Campus – mit den optimalen Voraussetzungen als Startpunkt für ein Innovationsnetzwerk identifiziert.

Mit der neuartigen Bespielung von Räumen, einer möglichen großräumigen Überbrückung der Ache und weiteren Leuchtturmprojekten besteht dort auch die Möglichkeit, über Vorarlberg hinaus einen Magnetismus für Talente und eine neue Innovationskultur zu entfalten.

Am 28. Mai 2021 wurde nun von Wirtschaftslandesrat Marco Tittler, der Bürger-

meisterin von Dornbirn Andrea Kaufmann und der CampusVäre-Projektleiterin Bettina Steindl der Startschuss gesetzt. Der neue Verein CampusVäre – mit Beteiligung der IV-Vorarlberg im Vorstand des Vereins – soll den Standort für Innovation, Kreativwirtschaft, Digitalisierung, Wissenschaft, Bildung und Kultur inhaltlich weiterentwickeln. Die Umgestaltung der ehemaligen "Sägenhallen" ist Teil dieses Projektes. Der Verein CampusVäre wird sich um die partizipative Entwicklung des Areals und der Industriehallen kümmern, erste Kooperationen stehen bereits in den Startlöchern.

Der neue Verein soll in Zusammenarbeit mit regionalen und überregionalen Partnern sowie Kooperationen neue Formen der Zusammenarbeit fördern und so Innovationen ermöglichen:

 Wirtschaftslandesrat Marco Tittler betont den großen Nutzen des Projekts für den Wirtschaftsstandort Vorarlberg: "Dass in Vorarlberg ein solches Quartier entsteht, ist einzigartig in der Vierländerregion und erzeugt eine überregionale Strahlkraft. Gemeinsam werden sich Wirtschafts-, Wissenschafts-, Kultur- und Bildungseinrichtungen der Zukunft dem Wachstum unseres Wirtschaftsstandortes widmen und interdisziplinär an gesellschaftlich relevanten Fragen arbeiten."

- Die Dornbirner Bürgermeisterin Andrea Kaufmann unterstreicht die große Bedeutung für die Stadt- und Regionalentwicklung: "Die Bespielung der ehemaligen "Sägenhallen" und des Quartiers ist ein wichtiger Meilenstein für eine nachhaltige Stadtteilentwicklung. Wir freuen uns sehr, dass wir diese einmalige Chance nutzen und den lebendigen Standort rund um den "Campus V" um einen Baustein erweitern können."
- Bettina Steindl, Projektleiterin des Campus-Väre: "Ziel ist es, ein lebendiges Quartier für Chancenvielfalt zu schaffen. Die Hallen und das Areal sollen Meter für Meter entwickelt und inhaltlich kuratiert werden. Dadurch gewinnt unsere Region an Attraktivität und trägt zusätzlich zur Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit bei."

STECKBRIEF

https://c-i-v.at

Standort: Hochschulstraße 3, 6850 Dornbirn (ehemalige Sägenhallen)

Verein: CampusVäre Gründung: 2021

Projektleiterin: Bettina Steindl

Träger: Land Vorarlberg (Wirtschafts-Standort Vorarlberg GmbH, Fachhochschule Vorarlberg), Stadt Dornbirn (Dornbirn Tourismus & Stadtmarketing GmbH)

Fördergeber: Industriellenvereinigung Vorarlberg, Wirtschaftskammer Vorarlberg, PRISMA Unternehmensgruppe, F.M. Hämmerle Holding, Campus II Gesellschaft

Vorstandsmitglieder: Joachim Heinzl, Mathias Bertsch, Julian Fässler, Herbert Kaufmann, Petra Kreuzer, Mathias Burtscher, Stefan Hagen





AKTUELLES IN KÜRZE

Vorarlberger Industrie "Robust wie ehedem"

it Statements – unter anderem von IV-Vorarlberg-Präsident Martin Ohneberg und Geschäftsführer Mathias Burtscher – porträtiert das "Industriemagazin" treffend die aktuelle Lage in unserem Bundesland.

Über die Ankündigung des IV-Sommerempfangs im FIRMAMENT von Ernst Seidl, die Lehren aus der Corona-Pandemie, die Beschleunigung der Marke Vorarlberg, die fehlende Verbindung zwischen den Autobahnen auf der Vorarlberger und der Schweizer Seite des Rheins, über große Zukunftsbilder und die wichtigsten standortpolitischen Herausforderungen in Vorarlberg hat das österreichische Industriemagazin u.a. mit Präsi-



IV-Vorarlberg-GF Mathias Burtscher

dent Martin Ohneberg und Geschäftsführer Mathias Burtscher gesprochen.

WEBTIPP

Den Artikel zum Nachlesen finden Sie hier (QR-Code) sowie unter: https://industriemagazin.at/a/industriein-vorarlberg-robust-wie-ehedem





IV-Vorarlberg-Präsident Martin Ohneberg

Innovative Industrieprodukte ausgezeichnet

eim 17. Vorarlberger Innovationspreis von Land Vorarlberg und Wirtschaftskammer Vorarlberg wurden aus 50 Einreichungen sieben Betriebe für ihre innovativen Produkte ausgezeichnet, fast die Hälfe kommt aus der Industrie.

Zu den Preisträgern aus der Industrie zählen

unter anderem Doppelmayr mit einer autonom betriebenen Seilbahn, Tridonic mit einer intelligenten Straßenbeleuchtungssteuerung sowie Rezi Microfaserprodukte mit einem speziellen, gemeinsam mit der Universität Innsbruck und Fussenegger Textil entwickelten Reinigungstuch gegen 99,9 Prozent aller Bakterien und Viren auf Oberflächen.



Verleihung 17. Vorarlberger Innovationspreis – Übergabe an Preisträger Doppelmayr

IV unterstützt Vorarlberger Sommerakademie und WiWa-Erlebniswochen

Die IV-Vorarlberg unterstützt als Partner schon von Beginn an die WiWa-Erlebniswochen (heuer in vier Gemeinden im Walgau) und die bereits 16. Vorarlberger Sommerakademie, die erstmals auch wieder im Bregenzerwald Station machen wird.

er Verein Initiative Begabung wurde 2006 als Informations-drehscheibe gegründet, um ein Netzwerk für den Austausch zwischen begabten Kindern, Jugendlichen, deren Eltern und interessierten Pädagogen in Vorarlberg entstehen zu lassen. Heuer findet die bereits 16. Vorarlberger Sommerakademie für Kinder und Jugendliche erstmals auch wieder im Bregenzerwald statt. Insgesamt 26 Kurse werden im September angeboten – von Quantenphysik zum Anfassen über Mathematik, Informatik bis zu Robotik und vielem mehr.

WiWa-Erlebniswochen rund um MINT

Nach erfolgreichem Start im Vorjahr mit über 90 Kindern geht's mit den WiWa-Erlebniswochen ab Juli in die zweite Runde, mit Stationen in den Gemeinden Bürs, Frastanz, Nüziders und Nenzing.

Mit ihren WiWa-Erlebniswochen "Experimente, Handwerk & Co" bietet die Wirtschaft im Walgau heuer ein abwechslungsreiches Angebot mit Schwerpunkttagen rund um das Thema MINT – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Dabei greift man auf bewährte Konzepte

wie die Walgauer Experimente, das Escape Game "Alarm im All" des Vereins Digitale Initiativen, didaktisch und pädagogisch aufbereitete Programmieraufgaben für die Bodenroboter Blue-Bot sowie Museumsangebote und eigens für Schülerinnen und Schüler konzipierte Workshops (u.a. Inatura) zu verschiedenen MINT-Thematiken zurück. An jedem Standort steht auch ein Handwerksbereich (Frastanz: Strom | Nenzing: Holz | Bürs: Bau | Nüziders: Metall) in Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft im Fokus.





WEBTIPP

Mehr Infos zu den Erlebniswochen finden Sie hier (QR-Code) sowie unter: https://www.wirtschaft-im-walgau.at/handwerker-feriencamp-2021/



Mehr Infos zur Sommerakademie finden Sie hier (QR-Code) sowie unter: https://initiative-begabung.eu/ sommerakademie/





Keine Ausreden mehr: Vorarlberg als Modellregion für Kinderbetreuung

Für IV-Vorarlberg-Präsident Martin Ohneberg und JI-Vorarlberg-Vorsitzende Katharina Rhomberg-Shebl ist klar: "Vorarlberg als Modellregion für Kinderbetreuung ist nach dem Corona-Krisenmanagement der logische nächste Schritt – es gibt keine vernünftigen Ausreden mehr."

er Präsident der Industriellenvereinigung Vorarlberg, Martin Ohneberg, und die Vorsitzende der Jungen Industrie Vorarlberg, Katharina Rhomberg-Shebl, kommen angesichts der Analyse der letztverfügbaren Kinderbetreuungszahlen zu einer klaren Erkenntnis: "Vorarlberg als Modellregion für Kinderbetreuung ist nach dem Corona-Krisenmanagement der logische nächste Schritt im Land. Die politische Umsetzungskompetenz für Verbesserungen liegt großteils direkt in Vorarlberg und nicht beim Bund. Der Aufholbedarf ist klar nachgewiesen und ein brennendes Thema. Von einer erheblichen Verbesserung profitieren Kinder im Sinne von mehr Chancengerechtigkeit, Eltern durch mehr Wahlfreiheit und die Betriebe durch weniger Fachkräftemangel. Die Positionierung Vorarlbergs, 2035 der chancenreichste Lebensraum für Kinder zu sein, ist glasklar. Es gibt also keine vernünftigen Ausreden mehr."

Vorarlberg hat Aufholjagd begonnen, aber ist von Spitze weit entfernt

Dass Vorarlberg eine Aufholjagd begonnen hat, zeigt eine Analyse der letztverfügbaren Zahlen zu den Kinderbetreuungseinrichtungen. So konnte der Anteil (Betreuungsquote) der Kinder unter 4 Jahren, die eine Betreuungsmöglichkeit in Anspruch nehmen, in den Jahren 2017/18 bis 2019/20 von 40,8 auf 42,4 Prozent verbessert werden.

"Vorarlberg liegt nach wie vor im Mittelfeld Österreichs – also ist Mittelmaß – und von der Spitze weit entfernt. Wobei unser Anspruch und unser Benchmark nicht Österreich sein sollte, sondern Länder, in denen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Vorteile für alle bringt. Nicht alles macht auch bei uns Sinn, aber vieles kann man



beispielsweise von den skandinavischen Staaten lernen. In Dänemark hatten beispielsweise bereits 2018 über 63 Prozent der unter dreijährigen Kinder eine Betreuungsmöglichkeit, während es in Österreich lediglich 20 Prozent waren. Wir sind überzeugt, Angebot schafft Nachfrage und hilft allen", fasst Ohneberg zusammen.

Anspruch auf Kinderbetreuungsplatz

"Die Zeiten haben sich rasant geändert. Im Jahr 2021 sollte sich bei vielen politischen Entscheidungsträgern das Verständnis durchsetzen, dass jedes Kind grundsätzlich einen Anspruch auf einen reservierten, qualitativ hochwertigen Betreuungsplatz haben sollte. Die Möglichkeit sollte für Kinder ab der Vollendung des ersten Lebensjahres bestehen. Insbesondere bei den täglichen Öffnungszeiten und den durchschnittlichen Schließtagen der Kinderbetreuungseinrichtungen hat Vorarlberg nach wie vor erheblichen Aufholbedarf", so die Vorsitzende der Jungen Industrie in Vorarlberg, Katharina Rhomberg-Shebl.

"Insbesondere bei den täglichen Öffnungszeiten und den durchschnittlichen Schließtagen der Kinderbetreuungseinrichtungen hat Vorarlberg nach wie vor erheblichen Aufholbedarf."

Katharina Rhomberg-Shebl Vorsitzende Junge Industrie Vorarlberg

Laut letztverfügbaren Zahlen hat Vorarlberg bei den täglichen Öffnungszeiten ebenfalls aufgeholt. Allerdings gibt es in Vorarlberg am zweitmeisten Einrichtungen, die weniger als acht Stunden pro Tag geöffnet haben, also Platz 8 im Bundesländervergleich. Bei den durchschnittlichen Schließtagen ist der mittlerweile vierte Rang im Bundesdurchschnitt eine deutliche Verbesserung, aber es ist bedenklich, dass die Bundeshauptstadt Wien fast viermal weniger Schließtage als Vorarlberg hat (7 Schließtage in Wien versus 27 Schließtage in Vorarlberg).

Modellregion für Kinderbetreuung

Vor zwei Jahren hat sich mit der "Task Force Kinderbetreuung" eine Allianz aus verschiedenen Interessenvertretungen, Personalverantwortlichen und Betriebsräten mit dem Ziel gegründet, die Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Vorarlberg ganzheitlich und nachhaltig zu verbessern.

Die letzten Monate waren aus Sicht der Politik vom Corona-Krisenmanagement überlagert, doch jetzt ist laut Ohneberg und Rhomberg-Shebl die Zeit reif für einen "Mentalitätswechsel und signifikante Verbesserungen hin zu einer mutigen Modellregion für Kinderbetreuung in Vorarlberg".

Kinderbetreuungsquote im EU-Vergleich für Kinder unter 3 Jahren (in %) (Quelle: Eurostat 2018)

